

Zeitschrift: Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 47 (1972)
Heft: 2

Vorwort: Liebe Leser
Autor: Herzig, Ernst

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Inseratenverwaltung, Administration und Druck:
 Zeitschriftenverlag Buchdruckerei Stäfa AG,
 8712 Stäfa am Zürichsee, Tel. (01) 73 81 01, PC 80 - 148
 Verlagsleitung: T. Holenstein; Gestaltung: W. Kägi
 Redaktion:
 Ernst Herzig, Inselstrasse 76, 4057 Basel, Tel. (061) 33 06 75
 Herausgeber:
 Verlagsgenossenschaft «Schweizer Soldat»
 Präsident: Georges E. Kindhauser,
 Glaserbergstrasse 63, 4056 Basel, Tel. (061) 43 48 41

Schweizer Soldat

Die Monatszeitschrift für Armee und Kader

Erscheint Anfang Monat

Jahresabonnement: Schweiz Fr. 15.—, Ausland Fr. 22.—

47. Jahrgang Nummer 2 Februar 1972

Liebe Leser,

es ist ja zu erwarten gewesen, dass die Behandlung des EMD-Budgets in der Wintersession des Nationalrats den Neu-Linken im Verbund mit einigen stur armeefeindlichen Alt-Linken willkommene Gelegenheit geboten hat, gegen die Landesverteidigung im allgemeinen und gegen die ausserdienstliche Tätigkeit im besonderen zu demonstrieren. Die Ziegler, Forel, Villard und Lämpfli-Rasser sind zwar eindeutig in den Senkel gestellt worden. Deswegen aber hat sich ihre Gesinnung nicht geändert und ist ihr Eifer wohl kaum gedämpft worden. Gemäss dem Wort, dass steter Tropfen auch den härtesten Stein zu höhnen vermag, werden sie wieder und wieder ihre Forderungen vorbringen — im Parlament und wo sich ihnen dafür Gelegenheit bietet. Die Nomination Villards in die nationalrätliche Militärkommission und die sibyllinische Erklärung Nationalrat Hubachers, dass die Armee fragwürdig geworden sei und dass die Sozialdemokratie heute noch die Landesverteidigung befürworte, «aber nicht länger mehr um jeden Preis» (!), lassen ungute Erinnerungen an die 20er- und frühen 30er-Jahre lebendig werden. — Der Genfer Nationalrat Ziegler (SP) hat sich zum Wortführer jener Kreise gemacht, denen die bescheidenen Subventionen des EMD an die militärischen Landesverbände — konkret gesagt: an den SUOV — schon längst ein Stein des Anstosses sind. Nach dem Bericht der Ziegler gesinnungsverwandten «National-Zeitung» hat der linke Genfer eine fünfzigprozentige Reduktion dieser Unterstützung beantragt mit der Begründung, «das EMD subventioniere so zum Beispiel infame Hetzereien der diversen Informationsblättchen der Wehrvereine gegen Persönlichkeiten der politischen Linken» und «... Wehrvereine hätten sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten. Der Bund jedenfalls habe solche Aktivitäten nicht zu finanzieren.» Mit 102 zu 16 Stimmen ist der Antrag Ziegler verworfen worden. — Dazu darf festgestellt werden, dass die freiwillige ausserdienstliche Tätigkeit sich keineswegs nur im Gelände, an den Waffen und am Sandkasten verstanden haben will, sondern ausdrücklich auch den militärpolitischen Bereich mit einschliesst. Das möchte den Herren Ziegler, Villard und Konsorten gefallen, dass man den militärischen Verbänden und deren Sektionen mit der Drohung des Subventionsentzuges (abgesehen davon, dass die anvisierten Publikationen der militärischen Verbände und deren Sektionen nicht subventioniert werden) einen Maulkorb umbindet. Diese Leute wissen genau, dass es in erster Linie und fast ausschliesslich den von ihnen so bitter gehassten «Wehrvereinen» zu danken ist, wenn bisher und auch in Zukunft alle Anschläge gegen unsere Armee abgewehrt wurden und werden. Für sich beanspruchen die Alt-Neu-Linken Narrenfreiheit — die anderen hätten zu schweigen! Schöne Auffassung von Demokratie! Das riecht schon eher nach «Volks-Demokratie»!!

*

Eine vorbildlich demokratische Auffassung hingegen bekundet der Basler Volkswirtschaftsbund. So nennt sich eine Vereinigung der Industrie und des Handels — von extremen Linkskreisen oft als «reaktionärer Unternehmerklub» angefeindet. Im November

vergangenen Jahres hat der Basler Volkswirtschaftsbund das nachfolgend wiedergegebene Rundschreiben an seine Mitglieder gerichtet:

«Unsere demokratische Staats- und Gesellschaftsordnung ist auf allen Gebieten ihrer vielfältigen Aktivität auf die Mitwirkung möglichst vieler Bürger angewiesen. Das gilt für die Parlamente, Parteien, Berufsverbände, die Armee, aber auch die unzähligen, im Interesse des Gemeinwesens tätigen Institutionen und Kommissionen. Trotzdem wir wissen, dass heute im Zeichen des Personalmangels jede Firma darauf angewiesen ist, die Dienste ihrer Mitarbeiter voll in Anspruch zu nehmen, appellieren wir an unsere Mitglieder,

- *Mitarbeitern, gleich welcher Stellung, die ein im Interesse des Gemeinwesens liegendes Mandat übernehmen möchten, keine Hindernisse in den Weg zu legen,*
- *Ihren Mitarbeitern wenn möglich auch zuzusichern, dass ihnen aus der Ausübung eines solchen Mandates von der Firma aus keine Nachteile für ihren eventuellen beruflichen Aufstieg erwachsen,*
- *Interessenten und Ihnen geeignet erscheinende Mitarbeiter im Gegenteil zu ermuntern, eine Verantwortung im Dienste des Gemeinwesens zu übernehmen.*

Ein solches Vorgehen liegt nicht nur im ureigensten Interesse der Privatwirtschaft selbst. Es geht vielmehr um eine staatsbürgerliche Pflicht, der sich der Arbeitgeber nicht entziehen darf.»

Vor einer solchen Einstellung kann man nur den Hut ziehen und hoffen, dass das Beispiel von Basel auch andernorts überzeugte Nachahmer finden möge. Die Verfasser des Rundschreibens haben damit einen wertvollen Beitrag zur Stärkung der geistigen Landesverteidigung und zur Aufwertung staatsbürgerlicher Gesinnung geleistet.

*

Unlängst bin ich in Bern gewesen. Auf dem Weg zum Sitzungslokal begegnete ich einer Anzahl Angehöriger des Armeespiels, dessen Reputation ja weit über unsere Grenzen reicht, das nicht selten auch im Ausland als «Goodwill Ambassador» auftritt und verdiente Erfolge einheimst und das direkt dem EMD unterstellt ist. — Mit Wohlgefallen betrachtete ich die adretten und massgeschneiderten Uniformen mit der rotweissen Fourragère. Keck sass die elegante Mütze auf den mèche-à-mèche-gepflegten Frisuren, deren Haarlängen durchwegs den Hemdkragen und noch einen guten Teil des Uniformkragens bedeckten. Ein Brigadier, zwei Obersten und ein gutes Dutzend Offiziere vom Hauptmann an abwärts gingen ungegrüsst (so steht es seit 1. Januar 1971 in den Weisungen des Ausbildungschefs) an den schmucken «Honnegger-Boys» vorüber, und kein einziger dieser militärischen Vorgesetzten fühlte sich ob des nicht ordnungsgemässen Haar-

schnitts provoziert, obwohl auch darüber klare und unmissverständliche Weisungen erlassen wurden. Angesichts dieser Sachlage möchte man bedauern, dass man bei uns — um einer Modeströmung willen — die bis Ende 1970 gültige Regelung aufgegeben hat. Oder wurden für Angehörige des Armeespiels andere (Haar-)Massstäbe festgelegt? — Der auf Jahresende zurückgetretene israelische Generalstabschef Chaim Bar-Lev ist kurz zuvor vom Redaktor der Soldatenzeitung «Bamahane» interviewt und unter anderem auch auf den Haarschnitt der israelischen Wehrmänner angesprochen worden, vorab eben im Hinblick auf die neuen Erlasse und Befehle in der Schweiz und in der Bundeswehr. Der hohe Offizier antwortete wie folgt:

«In unserer Armee steht der militärische Haarschnitt nicht zur Diskussion, und es besteht kein Anlass, den männlichen Soldaten das Tragen langer Haare zu gestatten. Das ist übrigens auch nie begehrt worden. Diese neue Sitte ist nicht israelischen Ursprungs. In den westeuropäischen Ländern und in den USA sind lange und ungepflegte Haare das Symbol der männlichen Hippie- und Beatnik-Jugend und Ausdruck für deren Opposition gegen das, was eben diese Jugend als Establishment bezeichnet. Wenn die jungen Leute in Westeuropa und in den USA revoltieren wollen, ist das ihre Sache. Wir aber haben keine Ursache, uns mit ihnen zu identifizieren, indem wir ihre Äusserlichkeiten nachahmen. Bis jetzt ist es für unsere Wehrpflichtigen ganz selbstverständlich gewesen, dass sie beim Anziehen der Uniform auch den zivilen Schnitt ihrer Haare der Armee angepasst haben. Warum sollen wir das ändern? Müssten wir aber je einmal die Länge der Haare festsetzen, dann wird sie zur Frage der Disziplin. Dann hat jeder einzelne Wehrmann und die Armee als Ganzes die unabdingbare Pflicht, dafür zu sorgen, dass diese Disziplin genauso strikte gehandhabt wird wie auf allen anderen Gebieten.»

Israel ist nicht das einzige Land, in dessen Armee das Haarschnittproblem der Aktualität entbehrt. Auch in den USA, in England, Frankreich, Spanien, Italien und in allen Ländern des Ostblocks tragen die Soldaten die Haare kurz. Bei uns indessen steht nicht mehr die neue Vorschrift zur Diskussion, sondern die Frage ihrer Durchsetzung — mithin also die Frage der Disziplin.

Mit freundlichem Gruss

Ihr
Ernst Herzog

Wie sich die Affäre Villard, die zu einer Affäre der SPS geworden ist, in der Zeitspanne zwischen Redaktionsschluss und Erscheinen der zweiten Ausgabe unserer Zeitschrift auch entwickeln mag — es bleibt auf jeden Fall festzustellen, dass es der Parlamentsfraktion und dem Vorstand der SPS gelungen ist, einen grossen Teil unseres Volkes zu schockieren. Wohl ist es möglich, dass besonnene Mitglieder der genannten Gremien und wohl auch eine grosse Zahl Parteimitglieder ob der Reaktion auf die Kandidatur Villard ein deutliches Missbehagen verspüren und glücklich wären, die ganze Geschichte ungeschehen zu machen. Stärker indes ist das Unbehagen im Volk ob solcher Tendenzen in der grössten Partei des Landes. Das Verdienst der zürcherischen Unteroffiziere ist es, diesem Unbehagen deutlich Ausdruck gegeben zu haben. Einmal mehr sind es wieder unsere Kameraden gewesen, die im richtigen Augenblick das Richtige getan haben — auch wenn «AZ»-Redaktor Hubacher kraftmeierisch verkündet, dass die UOV auf dem politischen Parkett nichts zu suchen hätten. Er vergisst, dass der Schweizer in erster Linie Staatsbürger und erst dann Wehrmann ist. Der nachfolgende Beitrag von Hptm Dominique Brunner ist ausgezeichnet dazu geeignet, der SP-Führung in Erinnerung zu rufen, dass auch jene Staatsbürger und Wehrmänner aller Grade, die sich der ausserdienstlichen Tätigkeit verschrieben haben, das Recht beanspruchen, mitzureden, wenn es sich darum handelt, eine Provokation gegen die Armee abzuwehren. Dieser Auffassung gibt auch eine Stellungnahme der Veteranen-Vereinigung SUOV im Namen ihrer über 3500 Mitglieder unmissverständlich Ausdruck. (Siehe auch die Rubrik «Neues aus dem SUOV».)

E. H.

Unglaublicher sozialdemokratischer Protest

Die Unterschriftensammlung gegen Villard

Von Hptm Dominique Brunner, Zürich

Die leitenden Organe der schweizerischen Sozialdemokratie schlagen im Zusammenhang mit der Kandidatur des Dienstverweigerers Villard für die Militärkommission des Nationalrates Töne an, von denen eine Partei, die etwas auf sich hält und für voll genommen werden möchte, mit Vorteil Abstand nehmen würde. Ihre jüngst verbreitete Stellungnahme zur Unterschriftensammlung von Zürcher Unteroffizieren gegen die Einsitznahme Villards in die Militärkommission vermittelt ein falsches Bild der Gegebenheiten. Sie liefert darüber hinaus den Beweis, dass die derzeitige Leitung der Sozialdemokratie nicht zögert, mit ungleichen Ellen zu messen, wenn sie Nutzen daraus ziehen zu können glaubt.

Schweizer Bürger, die in der Armee Unteroffiziere sind, haben Bürger und Wehrmänner aufgefordert, mit ihrer Unterschrift ihrer Missbilligung einer Aufnahme des erklärten Gegners der schweizerischen Landesverteidigung, um den es sich bei Villard handelt, in die nationalrätliche Militärkommission Ausdruck zu geben. Diese Aktion wurde nicht in einem militärischen Kurs oder in einer Schule durchgeführt, sie ging nicht einmal von einem militärischen Verein, z. B. dem Unteroffiziersverein, aus, sondern entsprang, wie wir uns vergewissert haben, der Initiative einzelner Bürger, die, wie es das Milizsystem eben mit sich bringt, auch in der Armee eingeteilt sind und dort einen Grad bekleiden. Diese haben folglich von einem demokratischen Grundrecht Gebrauch gemacht.

Um so befremdlicher mutet das «Befremden» an, welches das Zentralsekretariat der SP kundtun zu müssen glaubt. In der Stellungnahme wird erklärt: «Die SP-Zentrale ist ausserordentlich befremdet über diese Agitation innerhalb der Armee gegen einen sozialdemokratischen Volksvertreter... Die SP-Zentrale bedauert die Aktion zürcherischer Unteroffiziere, deren politische Hintergründe noch untersucht zu werden verdienen. Die Versachlichung der Auseinandersetzung um die zukünftige Gestaltung der Landesverteidigung wird dergestalt in kaum tragbarer Weise erschwert...»

Das Elaborat aus dem sozialdemokratischen Parteisekretariat macht sich als erstes der Irreführung der Öffentlichkeit schuldig, indem es von «Agitation innerhalb der Armee» spricht, während sich die Unterschriftensammlung in Wirklichkeit im zivilen Bereich abspielt. Das Zentralsekretariat unternimmt sodann — und das ist gravierender — den Versuch, die Ausübung grundlegender demokratischer Rechte als illegitim hinzustellen. Die sozialistische Stellungnahme läuft — konsequent zu Ende gedacht — darauf hinaus, demjenigen Bürger, der in der Armee eingeteilt ist, die Ausübung politischer Rechte, ja auch nur des Rechtes auf freie Meinungsäusserung zu untersagen, soweit es um Fragen der Landesverteidigung geht. Das ist in unserem Land, wo die grosse Mehrheit der Bürger zugleich Wehrmänner sind, dergestalt lächerlich, dass sich weitere Worte erübrigen würden, wenn die sich in besagter Stellungnahme manifestierende Mentalität nicht besorgniserregend wäre. Welcher Art diese Mentalität ist, wird noch deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, dass sich Vertreter derselben sozialdemokratischen Partei gerade in der jüngsten Vergangenheit zu Anwälten von Wehrmännern aufgeworfen haben, die nun tatsächlich innerhalb der Armee Unterschriften für Dienstverweigerer sammelten oder Propagandamaterial verteilten. Wer so offensichtlich schlechtgläubig ist wie die für die vorliegende Stellungnahme verantwortlichen Organe der SP, kann sich nicht beklagen, wenn ihm ein wachsender Teil des Volkes — und somit der Wehrmänner — seine Lippenbekenntnisse zur Landesverteidigung nicht mehr abnimmt.